

# Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Kontokonto: Gebr. Tenhoff, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: Ein Jahrgang 10 Mk. ...

Schriftleitung: ...

Abonnementspreis: ...

Nr. 43

Dresden, Montag den 21. Februar 1927

38. Jahrg.

## Die Etatdebatten

H. Fl. Die allgemeinen Beratungen des Gesamtstaats für das Reich erstreckten sich diesmal auf vier Tage des Reichstags. Sie wurden am vorigen Sonntag beendet. Diese Beratungen haben sich im Vergleich mit der Vorjahrseite stark gewandelt. Im Reichstag der Monarchie schalteten sich die Etatsdebatten zu großen politischen Auseinandersetzungen, die das gesamte politische Deutschland mit Spannung und aufmerksam beobachtete, denn sie fanden den Niederschlag selbstverständlich auch in der politischen Tagespresse.

Wir erinnern nur an die Zeit, da Bismarck, Reibel, Windthorst, Vossersmann und Eugen Richter die Klingen miteinander kreuzten. Vom Etat selbst war in diesen Redeschlachten wenig oder gar nicht die Rede. In der Regel stanzte damit der Reichschatzsekretär, der Mann der Finanzen, isoliert da. Die Reichsfinanzen hatten damals jedoch noch nicht die überragende Bedeutung die sie heute besitzen, nachdem die Steuer- und Finanzpolitik im wesentlichen von vorn Vändern auf das Reich übergegangen ist. Diese Veränderung hat naturgemäß dazu beigetragen, daß die Etatsdebatten sich mehr und mehr lediglich zu solchen wandelten. Das trat bisher noch nie in so starkem Maße in Erscheinung wie diesmal! Der Finanzminister wird heute mehr beiseite geschoben. Er steht vielmehr mit seinen Ansichten im Mittelpunkt des Interesses. Alle Parteien, die dazu in der Lage sind, schärfen ihre Finanzpolitik als Etatredner vor. In einer Zeit, da das Reich seine Kassen tragen muß, die ihm der verlorene Krieg kostete, tritt natürlich die Auffindung der nötigen Mittel eine außerordentlich große Rolle. Kein Wunder also, daß staatspolitische Fragen heute viel mehr im Vordergrund stehen wie früher. Neue Wege müssen gesucht und gefunden werden. Und so kommt es, daß sich der Kampf zwischen Reichstagsfraktionen und den Besiegten mehr auf das sozial- und staatspolitische Gebiet verlagert hat.

In alledem kommt noch etwas anderes, was die an sich ruhige und vielseltig manchem bedauerlich erscheinende Veränderung des Charakters der Etatsdebatten zur Folge hat. Im heutigen modernen parlamentarischen Betriebe gibt es andere Gelegenheiten zu großen rein politischen Auseinandersetzungen mehr wie früher. Jede „Erklärung“ einer neuen Regierung bietet Anlaß dazu. Denn solche Erklärungen sind programmatischer Natur. Sie zeigen die Linie, nach der regiert, Politik gemacht werden soll. Da die Regierungen häufig wechseln, meist gestürzt werden, so sind solche Gelegenheiten allein schon hinreichend, die rein politischen Etatsdebatten der früheren Zeit zu ersetzen.

Terztages gab es ja im alten Staat überhaupt nicht. Die Minister berief und entließ der Kaiser. Mißtrauenstimmungen hatten keine Wirkung. Nur die Sozialdemokratie wurde ständig bei der Hand. Die Mittel für den Militarismus um ihren prinzipiellen Standpunkt damit öffentlich zu machen.

Regierungserklärungen und -programme gab es im kaiserlichen Staat ebenfalls nicht. Der Reichstag wurde mit einer „Thronrede“ eröffnet und geschlossen. Das waren „Königliche“ Akte, die im Schloß stattfanden. Die Monarchie hatte Wert darauf, auch durch solche Feinheiten zu zeigen, daß das Parlament nicht mehr wie ein notwendiges Uebel war. Selbstverständlich konnte keine Rede von Debatten zur Thronrede sein, wie wir sie heute zu Regierungserklärungen als notwendig und selbstverständlich kennen.

Aber selbst wenn der Fall eintrete, wie kommen die Arbeiter dazu, eine auch ohne nötige Steigerung der Löhne den Hausagariern in den Beutel zu werfen? Das ist doch große Spiegelfechterei. Es gibt aber auch noch andere Schichten mit kleinem Einkommen. Zum Beispiel weite Kreise der freien Berufe, der Kleinhandwerker und kleinen Geschäftsleute. Wer erhöht ihnen denn das Einkommen, um höhere Löhne bezahlen zu können? Dieser Rohkäse muß entschieden entgegengesetzt werden!

Einverstanden kann man sich mit dem Minister erklären, wenn er ein gerechteres Veranlagungsverfahren durchzuführen will. Ist es nicht ein unerhörter Skandal, wenn Rittergutbesitzer einkommensteuerfrei bleiben, während die Rechte des kleinen Mannes Steuern zahlen müssen? Hier gibt es sicher viel und dankbare Arbeit für die Steuerbehörden, wenn sie zugreifen wollen und müssen. Man mag dann auch durchführen, was die Sozialdemokraten noch bei allen Steuerreformen der letzten Zeit gefordert haben: die Offenlegung der Steuerlisten. In andern Ländern, z. B. in Amerika, hat die Mehrwertsteuer Wunder gewirkt. Die vordem schwachen Steuerquellen flossen plötzlich sehr viel stärker.

Der Gesamtetat ist nun dem Hauptausfluß überwiegen. Nur eine Formside. Denn mindestens ein halbes Duzend Einzelstaats sind vom Ausschuss bereits verabschiedet. Das ist eigentlich geschäftsordnungswidrig. Im Interesse der rechtzeitigen Erledigung des Etats sehen aber alle Fraktionen darüber hinweg.

## Die Deutschnationalen ruinieren Danzig

A. Danzig, 19. Februar. (Eig. Draht.) Die zwischen Danzig und Polen geführten Verhandlungen sind jetzt nach einer von dem Danziger Senat herausgegebenen Erklärung ergebnislos beendet worden. Sowohl über die Beteiligung Polens am Danziger Tabakmonopol wie über die Neuverteilung der gemeinsamen Zollverträge konnte keine Einigung erzielt werden. Die Regelung dieser Fragen ist jedoch vom Finanzkomitee des Reichsbundes zur Voraussetzung für die Genehmigung einer Auslandsanleihe gemacht worden.

Wir dem nunmehr erfolgten endgültigen Abbruch hat die Politik des neuen Reichstags völlig Schiffbruch erlitten. Während die früher sozialistische beeinflusste Mittelregierung mit dem Völkerverbund und mit Polen eine Verständigung über die Sanierungsmassnahmen im großen und ganzen erzielt hatte, sind jetzt nach einigen Monaten die deutschen Deutschnationalen alle Aussichten auf eine finanzielle Hilfe für die freies Danzig vernichtet. Der neue Senat wird in der Beiprägung der Danziger Frage auf der Wahrung des Völkerverbundes seinen völligen Kontroll erklären müssen.

Ministerwechsel in Preußen. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat einstimmig beschlossen, als Nachfolger des gegenwärtigen preussischen Justizministers Dr. Rehnhof den Abgeordneten Schmidt, Sichtenberg, in Vorschlag zu bringen. Die Ernennung dürfte Anfang März erfolgen.

## Hochverrat wider den Geist

Von Kurt Klüber

Morgen findet ein Hochverratsprozess gegen Werke des proletarischen Dichters Kurt Klüber statt. Ueber den Charakter dieser Art Prozesse und ihre Bedeutung für das geistige Leben sprach sich der Dichter in nachstehendem selbst aus. (Z. M.)

Die Justiz, die sich in letzter Zeit durch verabschiedene Buchbeschlagnahmungen neue Verbrechen in ihren Ruhmesfranz gesammelt hat, lassen diese Erfolge nicht zur Ruhe kommen und sie versucht, in der gleichen Richtung noch härter und größer vorzugehen. Diesmal richtet sich der Vorstoß nur nicht gegen Buch und Autor, sondern gegen den Verleger. Angeklagt ist vorläufig der Verleger der Jugendinternationalen, Berlin O 17, Langestraße 16. Die Anklage selber richtet sich persönlich gegen den Verlagsprokuristen Fritz Schäfers. Sie umfaßt ganze 21 Zeilen. Sie spricht wörtlich von einem hochverräterischen Unternehmen, das die Verfassung des deutschen Reiches und der Länder gewalttätig ändern will, von einer geheimen und staatsfeindlichen Verbindung, die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte (nicht festgelegte) republikanische Staatsform des Reiches zu untergraben. Die gesamte Anklage wird natürlich gekrönt durch die Paragraphen 86, 81 Riffer 2, 47, 73 StrGB, § 7 Ziffer 4 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik. Hochverrat! Verhandlungsort der Klage ist das Reichsgericht Leipzig, der Termin der 22. Februar.

Was wird dem Verlog und dem Verleger nun zur Last gelegt? Hier keiner Bücher sollen plötzlich hochverräterischen Inhalt haben. Das erste heißt: 15. Januar. Ist ein Gedächtnisfest für den erschossenen Karl Liebknecht und die erschlagene Rosa Luxemburg. Das zweite heißt: Mein Genosse. Ist ein gutes Lesebuch für junge Arbeiter. Das dritte sind meine Barrikaden an der Ruhr. Noch einer rheinisch-westfälischen Keituna: Sogenannte amtliche Meldungen über Streife und Unruhen, die milde lesbare Skizzen geworden sind. Das vierte: Eine heikne stenogrammierte Niederschrift der russischen Oktoberkämpfe. Alle vier Schriften sind nachweisbar von der Presse, bis zu den demokratischen und einem Teil der Zentrumspresse, als lokale, rein literarische Angelegenheiten hingestellt worden. Für alle vier Bücher haben sich auch nachweisbar ein halbes Duzend Schriftsteller und Literaten eingekauft und haben auch Loyalität dem Geis gegenüber und literarischen Wert festgestellt.

Suerst und bevor ich weiter auf die Anklagen des Hochverrats komme: Was überhaupt die Beschuldigung der Bücher gerechtfertigt? Fordern die Bücher wirklich Klaffen der Bevölkerung zum Ungehorsam gegen Gelebe auf und gefährden sie den öffentlichen Frieden? Ein sogenannter Rückblick beweist das Gegenteil. Seit 1925 (eigentlich 1923) ist wenigstens von der Klasse, die die Justiz aus zarter Rücksicht verweigert hat, nicht das allgeringste geahndet, was den öffentlichen Frieden gefährden konnte. Diese Klasse, die eigentlich alle Ursache hätte, besonders weil sie zu einem großen Teil seit sechs Jahren arbeitslos ist und hungert, den öffentlichen Frieden zu gefährden, hat sich sogar alle Mühe

## Generalstreik für nationale Freiheit

### Blutige Kämpfe in Shanghai

S. London, 19. Februar. (Eig. Draht.) Die Gewerkschaften in Shanghai sind am Sonnabend in einen Generalstreik eingetreten, der mit der Niederlegung der Arbeit von 40 000 Arbeitern begonnen hat und sich nach Ansicht der Streikleitung am Montag auf 200 000 Arbeiter erstrecken wird. Nach den in London eingetroffenen Meldungen ist der Generalstreik als Demonstration für die siegreiche Kantonaarmee zu betrachten. Er hat aber andererseits auch den Zweck, die Forderung nach Zurückziehung der britischen Truppen und der Truppen des Generals Sun, die auf ihrem Rückzug die Stadt überschweben, zu unterstützen. Die Baumvollpinnerien haben ihre Arbeit eingestellt, der Straßenverkehr ruht, auch die Postbestellung liegt still. Es haben kleinere Gewalttätigkeiten stattgefunden, die zu einer Mobilisierung freiwilliger Polizeikräfte in großem Ausmaße und zur Erklärung des Kriegszustandes geführt haben.

Ueber die Stellungnahme der in Shanghai befindlichen britischen Truppen liegen bis zur Stunde zwei einander widersprechende Meldungen von Nachrichtenagenturen vor. Während die eine Agentur meldet, daß die britischen Truppen in ihre Quartiere zurückgezogen worden sind, will die andere wissen, daß die britischen Truppen in Verteidigungsstellungen rund um die ausländischen Konzeptionen bezogen haben.

S. London, 21. Februar. (Eig. Funkdruck.) In Shanghai kam es in den letzten 48 Stunden nach den hier vorliegenden Meldungen zu schwerer Zusammenstößen. Die Besuche bilden n. a. die Verhaftung und sofortige Hinrichtung von 20 Kriegeren der revolutionären Kantongregierung im Auftrag von Sun. Die Köpfe dieser Männer wurden in der Chinesenstadt in Shanghai aufgehängt. Die Empörung in der Bevölkerung soll unsehbar sein, und man erwartet infolgedessen weitere Zusammenstöße.

Die Zahl der in den Auslands getretenen Arbeiter hat bereits am Sonntag 100 000 überschritten. Es wird erwartet, daß sich heute 200 000 Personen an dem Streik beteiligen werden und daß am Dienstag der Streik allgemein wird.

### Auch die Seeleute streiken

Shanghai, 19. Februar. Die Straßenbahnen haben in der ganzen internationalen Niederlassung den Betrieb eingestellt. Auch die Seeleute sind in den Streik getreten. Die Stilllegung des Wasserwerks in der französischen Konzeption hat in einigen Stadtteilen Wasserangel hervorgerufen. Alle kritischen Truppen werden in ihren Quartieren für etwaige Zwischenfälle bereitgehalten. Das Shanghaier Freiwilligenkorps ist mobilisiert worden. Der Postbetrieb ist gestört.

### Englische Einigung mit Kanton?

Am Sonnabend ist in Kanton ein englisch-sinesisches Abkommen unterzeichnet worden (ein Abkommen mit der revolutionären Kantongregierung), dessen Inhalt noch nicht bekannt ist. Am heutigen Tage erwartet man wichtige Erklärungen des englischen Außenministers im Unterhaus.

### Sun hält Kriegstat

Weitere Meldungen besagen: In Shanghai sind die bedeutendsten Unterführer des Marschalls Tchangschin eingetroffen, um einen Kriegstat zusammen mit dem lokalen Verteidigungskomitee abzusuchen. Sie beschupen, 16 000 Mann der Schwärztruppen seien an der Bahnlinie Peking-Kanton entlang auf dem Vormarsch begriffen, um den linken Flügel Suweifus im Rückzug gegen die Kantontuppen zu unterstützen. General Sun Tsuanfang soll beabsichtigen, alle Anstrengungen zu machen, um sich in der Stadt Shanghai zu halten.

### Kriegsschiffe nach China

S. London, 21. Februar. (Eig. Funkdruck.) Die achte britische Torpedobootflottille ist am Sonntag von Waini nach China in See gegangen. Ebenso hat eine Anzahl von japanischen Kriegsschiffen am Sonntag die Fahrt nach China angetreten.

Der Inhalt der ersten Staatsrede des neuen Reichsfinanzministers — er sprach am Sonnabend zum ersten Mal — war nicht frei von Widersprüchen und unverständlichen Ansprüchen, die einen kurzen Kommentar erheischen. Er erklärte er: wir müßten auskommen mit dem, was wir haben, selbst wenn notwendige Ausgabenbedürfnisse ein- oder zweifacher Standpunkt. Wir in Sachien kennen ihn z. B. schon von der Zeit, da der verführerte Reaktionsär Dr. Müller Finanzminister war. Der sprach genau so! Natürlich ist das Wahrtages in solchem Wort. Kein vernünftiger Politiker müßte leichtfertiger Ausgabewirtschaft das Wort reden, wenn weniger denn je. Aber — ehe man wirklich notwendige Ausgaben, etwa für Kultur und Sozialpolitik, abweist, muß doch ernstlich erwogen werden, ob die Ausgaben nicht durch die Erhöhung der Einkommen zu beschaffen sind, indem man dem Volk mehr abnimmt. Davon jedoch sprach der Minister nicht ein Wort. Er erklärte, das Ziel in der Reichsfinanzpolitik müsse bleiben, in der Steuererhebung fortzuführen. Wenn damit der Fortfall von indirekten Steuern notwendig ist, dann dürfte es sich aber nur um die Vermeidung von Steuern handeln. So wird aber Herr Dr. Köhler kaum vermeiden sein wollen.

Man entschließen müssen wir uns immer wieder gegen die Erhöhung der Einkommensteuer, d. h. der Lohnsteuer. Und davon sprach der Reichsfinanzminister. Und Arbeiter sind in die Kassen streuen, wenn man die Einkommensteuer erhöhen will mit dem Ziel, daß dann die Löhne entsprechend zu steigern seien. Ist das so leicht und wer übernimmt eine Garantie dafür?